

Immer weniger Putzkräfte, aber mehr Studierende

Hohe Beamtenlöhne In der Bundesverwaltung sinkt die Zahl der gering Qualifizierten, gleichzeitig steigen die Personalkosten steil an. Die SVP bläst nun zum Angriff auf die Privilegien der Angestellten.

Fabian Renz
und Edgar Schuler

Immer mehr Bundesangestellte verdienen immer besser. In den letzten zehn Jahren ist ihre Zahl um gut 9 Prozent gewachsen. Heute sind es rund 40'000, die sich 36'000 Vollzeitstellen teilen. Aber noch steiler stiegen im gleichen Zeitraum die Personalkosten. 2011 waren es knapp 5 Milliarden Franken. Jetzt liegen sie um 20 Prozent höher, bei gut 6 Milliarden.

Gemäss einer neuen Studie verdienen Bundesangestellte nicht nur immer mehr, sondern auch markant besser als ihre

Auch beim Bund kommt der Trend zu höherwertigen Stellen und höheren Anforderungen zum Tragen.

Kolleginnen und Kollegen in der Privatwirtschaft. Der durchschnittliche Jahreslohn beim Bund beträgt 117'000 Franken. Bei privaten Firmen sind es lediglich knapp 90'000 Franken.

Für die stark steigenden Personalkosten beim Bund macht die SVP nun aber nicht nur die steigenden Löhne verantwortlich, sondern eine bemerkenswerte Verschiebung: Obwohl immer mehr Leute für den Bund arbeiten, nimmt die Zahl derjenigen, die in den untersten Lohnklassen eingestuft sind, immer mehr ab. Dafür wächst die Zahl der gut und sehr gut verdienenden Bundesangestellten.

Das Personalamt präzisiert

In einem neuen Positionspapier der SVP heisst es dazu, nicht nur sei der Durchschnittslohn der Bundesverwaltung im letzten Jahrzehnt «markant um beinahe 10 Prozent gestiegen». Auch der Anteil der Bundesangestellten in den höheren Lohnklassen sei stark «überproportional um 21 bis 28 Prozent» gewachsen.

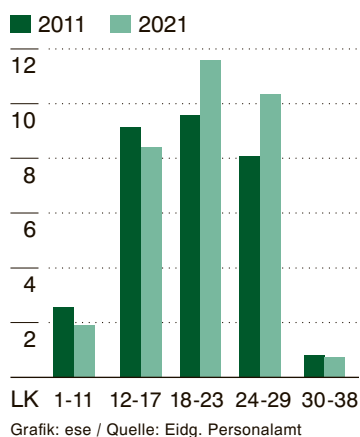
Das Eidgenössische Personalamt präzisiert auf Nachfrage diese Zahlen. Der Durchschnittslohn sei nicht um 10, sondern um



Weniger Personal mit tiefen Löhnen: Reinigung der Eingangshalle im Bundeshaus. Foto: Anthony Anex (Keystone)

Mehr Bundespersonal mit höheren Löhnen

Vollzeitstellen bei der Bundesverwaltung nach Lohnklassen (LK), in Tausend



6,5 Prozent gestiegen, sagt der Sprecher Anand Jagtap. Aufgeschlüsselt nach Lohnklassen, sieht es so aus: In der Kategorie mit Jahreslöhnen von rund 63'000 bis 110'000 Franken nahmen Vollzeitstellen um 7 Prozent ab. In den Lohnklassen von 110'000 Franken aufwärts gab es demgegenüber eine Zunahme von 25 Prozent. Jagtap weist aber darauf hin, dass in den aller-obersten Lohnklassen die Zahl der Vollzeitstellen um 7 Prozent abgenommen hat. Das betrifft Bundesangestellte mit Gehältern von rund 200'000 bis knapp 390'000 Franken jährlich.

Was sind die Gründe für diese Entwicklung? Jagtap verweist auf den lang anhaltenden Trend zu höheren Anforderungen und

höherwertigen Stellen. «Es wurden zahlreiche weniger hoch qualifizierte Stellen abgebaut und gleichzeitig höher qualifizierte Stellen neu geschaffen.»

Beim Bund finden sich in den untersten Lohnklassen 1 bis 11 Funktionen, für die es keine Berufslehre braucht: Personal bei den Empfangslogen und bei der Reinigung oder auch Betriebspersonal der Armee.

In den nächsthöheren Lohnklassen sind handwerkliche Berufe eingereiht, für die eine abgeschlossene Berufsausbildung nötig ist. Dort figurieren aber Sekretärinnen und Sekretäre. «Diese gibt es heute so nicht mehr», sagt Jagtap, «weil die Fachspezialisten ihre Texte nun selbst schreiben.»

Eine weitere Ursache sind laut dem Personalamtsprecher «Internalisierungen»: Der Bund hat externe Mitarbeitende durch die Schaffung gut bezahlter bundesinterner Stellen ersetzt. Dabei handle es sich um eine Sparmassnahme, sagt Jagtap: «Mit der Schaffung dieser Stellen konnten bundesweit finanzielle Entlastungen realisiert werden.»

SVP fordert eine Radikalkur

Verantwortlich für das SVP-Finanzpapier ist Nationalrat Lars Guggisberg. Er möchte beim Personal einen harten Sparkurs fahren: «Mittelfristig ist die Zahl der Vollzeitstellen von 38'000 auf 35'000 zu reduzieren.» Zudem müsse Schluss sein mit den Privilegien für das Bundespersonal:

«Wie in der Privatwirtschaft soll der Bund nicht mehr als 50 Prozent an die berufliche Vorsorge bezahlen.» Zudem müssten fünf Wochen bezahlte Ferien reichen. Heute sind es bis zu sieben.

Generell sieht Guggisberg die stetig steigenden Bundesausgaben kritisch: «Seit 1990 sind die Bundesausgaben um 160 Prozent gewachsen, das Bruttoinlandsprodukt nur um 90 Prozent.» Das müsse aufhören, das Ausgabenwachstum dürfe das Wirtschaftswachstum nicht übersteigen. «Wir fordern, dass das Volk über grosse Bundesausgaben abstimmen kann, mit einem fakultativen Finanzreferendum.» Die SVP will in der laufenden Herbstsession entsprechende Vorstösse lancieren.

Disziplinaruntersuchung gegen Köppel eröffnet

Ratsbüro Dem Politiker wird das Publizieren vertraulicher Informationen vorgeworfen.

Das Büro des Nationalrats eröffnet eine Disziplinaruntersuchung gegen den Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel. Hintergrund sind Vorwürfe, Köppel habe vertrauliche Informationen publik gemacht.

Das Büro habe sich mit elf zu zwei Stimmen für den Schritt entschieden, teilten die Parlamentsdienste gestern auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mit. Es werde Köppel in einer seiner nächsten ordentlichen Sitzungen anhören.

Roger Köppel wird vorgeworfen, im März in seinem Podcast «Weltwoche Daily» vertrauliche Informationen, zu denen

er als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (APK-N) Zugang hatte, veröffentlicht zu haben.

Konkret berichtete er über eine Durchsicht bei der lokalen Tochterfirma des Schweizer Uhrenherstellers Audemars Piguet in Moskau. Dabei soll der russische Inlandgeheimdienst wegen angeblicher Zollvergehen Uhren im Wert von mehreren Millionen Franken beschlagnahmt haben.

In Funktion als Journalist

Roger Köppel selbst weist den Vorwurf zurück. Vor der Immunitätskommission des Nati-



Der Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel. Foto: Keystone

onalrats (IK-N) argumentierte der SVP-Politiker, dass er von den fraglichen Informationen als Journalist Kenntnis gehabt habe – und zwar schon vor dem Erhalt der entsprechenden Kommissionsunterlagen. Für ihn gilt die Unschuldsvermutung.

Die IK-N hatte sich im vergangenen August dagegen ausgesprochen, die Immunität Köppels aufzuheben und damit Ermittlungen gegen ihn wegen Amtsgeheimnisverletzung zu ermöglichen. Zugleich ersuchte sie das Büro des Nationalrats, Disziplinarmassnahmen gegen ihn zu prüfen. (sda)

Ausweitung der Gerichtsbarkeit erneut gescheitert

Ständerat Ein neuer Anlauf zur Ausweitung der Verfassungsgerichtsbarkeit wurde gestern im Ständerat schon beim Start abgewürgt. Der Rat hat zwei Motionen von Stefan Engler (Mitte/GR) und Mathias Zopfi (Grüne/GL) abgelehnt, die die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit auch für Bundesgesetze einführen wollten. Eine Mehrheit sah keinen Handlungsbedarf, das geltende Regime über Bord zu werfen. Das Bundesgericht muss also auch in Zukunft Gesetze anwenden, die der Verfassung widersprechen. Über die Frage wird in der Schweizer Politik seit Jahren gestritten. (sda)

Kommission für Beschaffung der F-35A-Jets

Nationalrat Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-N) hat sich für die Beschaffung der F-35A-Kampfflugzeuge ausgesprochen. Sie beantragt ihrem Rat mit 17 zu 8 Stimmen die Beschaffung 36 solcher Flugzeuge. Der Nationalrat befindet am 15. September über das Geschäft. Für die Mehrheit der SiK-N stehe fest, dass die technische Evaluation rechtlich korrekt abgelaufen sei, heisst es in einer Mitteilung. Armasuisse habe ein objektiviertes und nachvollziehbares Verfahren gewährleistet. Der Bundesrat habe «keine andere Wahl» gehabt, als die Beschaffung der F-35A vorzuschlagen. (sda)